Verhandlungsschrift

aufgenommen bei der Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde
St.Roman am Freitag, den 12. März 2010.

Tagungsort: Gemeindeamt St.Roman (Sitzungssaal)

Anwesend: Bürgermeister Berlinger Siegfried
Vizebürgermeister Kriegner Norbert
Gemeindevorstandsmitglied Breidt Johann
Gemeindevorstandsmitglied Kropf Christian
Gemeinderatsmitglied Beham Josef
Gemeinderatsmitglied Lang Herbert
Gemeinderatsmitglied Schasching Franz
Gemeinderatsmitglied Hamedinger Matthias
Gemeinderatsmitglied Baminger Johann
Gemeinderatsmitglied Mauthner Matthias
Gemeinderatsmitglied Max Josef
Gemeinderatsmitglied Kohlbauer Johann
Gemeinderatsmitglied Baminger Rudolf
Gemeinderatsmitglied Grill Alfred
Gemeinderatsmitglied Mauthner Paula
Gemeinderatsmitglied Kriegner Christian
Gemeinderatsmitglied Fuchs Franz
Gemeinderatsmitglied Doblinger Johann
Gemeinderatsersatzmitglied Höllinger Simone

Es fehlt: Gemeindevorstandsmitglied Wimmer Gerhard - entschuldigt

Der Bürgermeister eröffnet um 20.00 Uhr die Sitzung und stellt
fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde
- b) die Mitglieder des Gemeinderates zur Sitzung zeitgerecht eingeladen wurden, worüber der Zustellnachweis vorliegt und die Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel kundgemacht wurde
- c) die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates gegeben ist.
- d) die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung des Gemeinderates während dieser Sitzung zur Einsicht aufliegt und Einwendungen gegen dieselbe bis Sitzungsschluss vorgebracht werden können.

Der Bürgermeister ersucht Gemeindesekretär Stadler das Protokoll zu führen.

T a g e s o r d n u n g

1. Rechnungsabschluss 2009
2. Wegebau in Z-Gebieten - Kostenaufteilung
3. Resolution „Oberösterreich-Konvent“
4. Vorgangsweise bei Personalausreibungen
5. Änderung Leichenhallengebührenordnung
6. Berichte der Ausschussobmänner
7. Allfälliges

Einschau in die Gebarung - Prüfungsbericht der BH-Schärding (wird einstimmig, mittels Handzeichen, als Tagesordnungspunkt 7 in die Tagesordnung aufgenommen.)

Bevor der Bürgermeister in die Tagesordnung eingeht stellt er fest, dass er folgenden Dringlichkeitsantrag einbringt:

Dringlichkeitsantrag:

Der Prüfungsbericht der BH-Schärding über die Einschau in die Gebarung wurde der Gemeinde mit Schreiben des Amtes der Oö. Landesregierung vom 15.2.2010 übermittelt. Gemäß § 8 Abs. 4 leg.cit. ist die Kurzfassung dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen. Es soll daher folgender Punkt in die Tagesordnung aufgenommen werden:

Einschau in die Gebarung - Prüfungsbericht der BH-Schärding

Begründung: Da die Gemeinde innerhalb von 3 Monaten ab Zustellung des Prüfberichtes dazu Stellung zu nehmen hat und die nächste Gemeinderatssitzung erst für 28. Mai 2010 vorgesehen ist, soll dieser Punkt in die Sitzung vom 12. März 2010 aufgenommen werden.

Der Bürgermeister beantragt, der Gemeinderat möge der Aufnahme dieses Punktes in die Tagesordnung die Zustimmung erteilen.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

1. Rechnungsabschluss 2009

Der Bürgermeister berichtet, dass der Rechnungsabschluss 2009 im Sinne des § 92 Abs. 4 der Oö. Gemeindeordnung 1990 im Gemeindeamt zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt wurde. Erinnerungen gegen denselben wurden während der öffentlichen Auflage nicht eingebracht. Er führt aus, dass der Rechnungsabschluss vom Prüfungsausschuss in der Sitzung vom 26. Februar 2010 überprüft und in Ordnung befunden wurde. Den diesbezüglichen Prüfbericht bringt der Bürgermeister dem Gemeinderat zur Kenntnis. Bezüglich der Anmerkung der relativ hohen Kosten der Schülerausspeisung in der Hauptschule Münzkirchen werden, gemeinsam mit der Marktgemeinde Münzkirchen, Überlegungen angestellt, wie Kosteneinsparungen erzielt werden könnten.

Der Bürgermeister bringt dem Gemeinderat sodann den Rechnungsabschluss samt Vermögens- und Schuldenrechnung 2009 zur Kenntnis und beantragt der Gemeinderat möge den Prüfbericht des Prüfungsausschusses vom 26. Februar 2010 zur Kenntnis nehmen und dem Rechnungsabschluss samt Vermögens- und Schuldenrechnung 2009 die Genehmigung erteilen.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

2. Wegebau in Z-Gebieten - Kostenaufteilung

Der Bürgermeister berichtet, dass 2010 seitens der Agrarbezirksbehörde Wegebaumaßnahmen in den Zusammenlegungsgebieten Aschenberg und Au/Schwendt vorgesehen sind. Er bringt dem Gemeinderat das von der Agrarbezirksbehörde für 2010 vorgesehene Wegebauprogramm zur Kenntnis. 2010 belaufen sich die Gesamtkosten für Aschenberg auf € 280.000,-- und für Au/Schwendt auf € 90.700,--. Betreffend dem Au Schacherweg im Zusammenlegungsverfahren Au/Schwendt bemerkt der Bürgermeister, dass beabsichtigt ist diesen als Privatweg zu errichten. Der Weg würde jedoch der Öffentlichkeit für den nicht motorisierten Verkehr zur Verfügung stehen. Die Gemeinde hätte dafür nur einen Errichtungskostenbeitrag zu leisten. Erhaltungskosten für diesen Weg würden für die Gemeinde nicht anfallen.

Gemeindevorstand Kropf fragt ob der Stichweg abzweigend vom Au Schacherweg öffentlich bleibt oder auch privat wird.

Der Bürgermeister führt aus, dass die Möglichkeit bestünde den Au/Schacherweg bis zum Stichweg als öffentlichen Weg auszuführen und den Au/Schacherweg ab der Einmündung des Stichweges bis zum Umkehrplatzweg als Privatweg auszuführen. Diesbezüglich wird er noch mit den Interessenten sprechen.

Bezüglich der Kostenaufteilung führt der Bürgermeister aus, dass für die bisherigen Zusammenlegungsgebiete vom Gemeinderat folgende Kostenaufteilung beschlossen wurde:

Landesbeitrag 50 %
Gemeindebeitrag 30 %
Interessentenbeitrag 20 %

Im Hinblick darauf, dass seitens des Landes ein Beitrag von 55 % geleistet wird, ist eine Änderung des Aufteilungsschlüssels zur Aufbringung der Restmittel erforderlich. Seitens des Gemeinderates wird, im Sinne der Gleichbehandlung aller Zusammenlegungsgebiete bzw. Interessenten, die Meinung vertreten, den Interessentenbeitrag wie bisher mit 20 % festzusetzen. Seitens der Gemeinde sollen jene Kosten übernommen werden, die nicht durch andere Fördermittel abgedeckt werden.

Der Bürgermeister beantragt sodann, der Gemeinderat möge den Aufteilungsschlüssel für Wegebaumaßnahmen in Zusammenlegungsgebieten bis auf weiteres wie folgt festsetzen:

Interessentenbeitrag 20 %

Gemeindebeitrag: Übernahme der nicht durch andere Fördermittel gedeckten Kosten. Dieser entspricht zur Zeit bei einem Landesbeitrag von 55 % einem Beitrag von 25 %.

Landesbeitrag 55 %

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

Der Bürgermeister beantragt weiters den Au/Schacherweg wie ausgeführt als Privatweg zu errichten, wobei der Weg der Öffentlichkeit als nicht motorisierter Weg zur Verfügung steht. Die Gemeinde leistet dafür den Gemeindebeitrag in Höhe des vom Gemeinderat beschlossenen Aufteilungsschlüssel als Errichtungsbeitrag. Erhaltungskosten hat die Gemeinde nicht zu tragen. Bezüglich der Widmung des Stichweges als öffentlicher bzw. privater Weg wird der Bürgermeister das Einvernehmen mit den Interessenten herstellen.

Die Abstimmung mittels Handzeichen brachte folgendes Ergebnis:

18 Ja Stimmen

1 Stimmenthaltung (Breidt Johann)

Der Bürgermeister stellt fest, dass dem Antrag somit mehrheitlich zugestimmt wurde.

3. Resolution „Oberösterreich-Konvent“

Der Bürgermeister führt aus, dass von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende Resolution zur Beschlussfassung eingebracht wurde:

Resolution

Mit großer Sorge um die finanzielle Handlungsfähigkeit der oberösterreichischen Gemeinden fordert der Gemeinderat der Gemeinde St. Roman die Oberösterreichische Landesregierung auf, sofort einen „Oberösterreich-Konvent“ unter Einbeziehung des Landesrechnungshofes einzuberufen.

Dieser muss raschest Lösungen gegen die Schuldenfalle der Gemeinde erarbeiten und die Ergebnisse sind umgehend umzusetzen.

Begründung:

Viele Aufgaben des Landes und des Bundes werden auf die Gemeinden abgewälzt. Eine beängstigende hohe Zahl an Gemeinden sind dadurch zu Abgangsgemeinden geworden und können ihren Haushalt, trotz sorgfältigster Haushaltsführung, nicht mehr ausgleichen, Die Zahl der Abgangsgemeinden steigert sich erschreckend schnell.

Bund und Länder haben den Gemeinden Sozialkosten aufgebürdet und das dafür notwendige Geld verwehrt. Die Aufgaben und Leistungen zwischen Gemeinden, Land und Bund sollen neu durchdacht und gerechter aufgeteilt werden.

Die Gemeinden waren immer der wichtigste Wirtschaftsmotor für die kleinen und mittleren Unternehmen in ihrer örtlichen Umgebung. Durch die Überschuldung der Kommunen ist dies in Zukunft nicht mehr möglich.

Die Lösung der Politik kann und darf nicht ein Drehen an der Gebührenschaube sein. Es kann nicht sein, dass zukünftig Müll, Kanal und andere Leistungen teurer werden. Es kann nicht sein, dass Finanzierungsvereine (Verein zur Förderung der Gemeinde & Co KG) erfunden werden, Kredite umgeschuldet und die Kreditlaufzeiten (zu Lasten der Nachkommenden) verlängert werden, ohne das vorhandene Sparpotential der öffentlichen Hand (=Verwaltungsreform, Abschaffung von Doppelgleisigkeiten uvm.) auszunutzen.

Die Gemeinden, das Land Oberösterreich sowie der Bund müssen sich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten auf ihre Kernaufgaben beschränken. Teure Prestigeprojekte und Luxusbauten sind zu unterlassen.

Alle Politiker sind aufgerufen, die nachkommenden Generationen vor der drohenden Schuldenfalle zu bewahren.

Gemeinderat Grill bemerkt in diesem Zusammenhang, dass Herr Mandlbauer von den OÖ. Nachrichten in einer ähnlichen Weise schreibt. Er schreibt unter anderem, dass die Gemeinden entmündigt, entrechtet und ruiniert sind bzw. die Gemeindeselbstverwaltung tot ist.

Vizebürgermeister Kriegner weist darauf hin, dass es sich sicherlich um einen guten Ansatz handelt. Die Angelegenheit wurde jedoch von der FPÖ bereits im November letzten Jahres im Landtag eingebracht. Die Angelegenheit wurde vom Land behandelt bzw. wird auch im Ausschuss behandelt. Es soll auch im Frühjahr bereits ein Ergebnis geben. Seiner Meinung nach sollte man daher das Ergebnis abwarten und dann über etwaige Resolutionen entscheiden.

Der Bürgermeister ist der Ansicht, dass durch die Resolution zum derzeitigen Zeitpunkt wahrscheinlich nicht die große Wirkung zu erwarten ist. Er kann sich jedoch als Zeichen der Gemeinde vorstellen dieser Resolution zuzustimmen.

Der Bürgermeister lässt sodann über die vorliegende Resolution abstimmen und bringt die Abstimmung folgendes Ergebnis:

11 Nein Stimmen (Kriegner Norbert, Breidt Johann, Beham Josef, Lang Herbert, Schasching Franz, Hamedinger Matthias, Baminger Johann, Mauthner Matthias, Max Josef, Kohlbauer Johann, Höllinger Simone)

8 Ja Stimmen (Berlinger Siegfried, Fuchs Franz, Kriegner Christian, Kropf Christian, Dobliger Johann, Grill Alfred, Mauthner Paula, Baminger Rudolf)

Der Bürgermeister stellt fest, dass die Resolution somit mehrheitlich abgelehnt wurde.

4. Vorgangsweise bei Personalausreibungen

Der Bürgermeister berichtet, dass seitens der FPÖ-St.Roman ein Antrag betreffend die Vorgangsweise bei künftigen Personalaufnahmen eingebracht wurde. Personalaufnahmen der Gemeinde sollen künftig grundsätzlich 6 Wochen vor Ende der Bewerbungsfrist auf der Amtstafel, der Homepage der Gemeinde und in den Gemeindeaussendungen des Bürgermeisters bekannt gegeben werden. Dadurch haben alle Gemeindebürger die Möglichkeit, sich für eine zu besetzende Stelle zu bewerben.

Gemeinderat Grill führt aus, dass der Antrag hauptsächlich im Hinblick auf die neu geschaffene Homepage der Gemeinde bzw. auch im Hinblick auf die bisherige Vorgehensweise bei Personaleinstellungen eingebracht wurde.

Vizebürgermeister Kriegner bemerkt, dass mit Personaleinstellungen wahrscheinlich Nachbesetzungen gemeint sind. Die Vorgangsweise hierfür ist ohnedies in der Gemeindeordnung geregelt. Kurzfristige Einstellungen infolge erforderlicher Vertretungen können damit seiner Meinung nach nicht gemeint sein, da ja für eine ehestmögliche Vertretung zu sorgen ist und wird dies von Gemeinderat Grill bestätigt.

Der Bürgermeister beantragt sodann, dass künftig Personalaus-schreibungen entsprechend der Oö. Gemeindeordnung bzw. mit ent-sprechender Kundmachung an der Amtstafel, auf der Homepage der Ge-meinde und in den Gemeindeaussendungen des Bürgermeisters bekannt-gegeben werden.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

5. Änderung Leichenhallengebührenordnung

Der Bürgermeister berichtet, dass der Gemeinderat in der Sitzung vom 19.3.2004 eine Anpassung der Gebühren auf Basis des Verbrau-cherpreisindex 2000 beschlossen hat. Auf Basis dieses Beschlus-ses würden sich die Kosten für eine Aufbahrung bis zu 3 Tragen von € 30,-- auf € 33,57 erhöhen. Weiters ist vorgesehen, dass sich die Gebühren für Personen unter 15 Jahren um die Hälfte ermäßigt. Sei-ner Meinung nach sollte man die Indexanpassung streichen, die Ge-bühren neu festsetzen und für Sterbefälle unter 15 Jahren auf die Einhebung der Leichenhallengebühr verzichten. Betreffend einer künftigen Erhöhung sollte sich der Gemeinderat zu gegebener Zeit befassen.

Der Bürgermeister beantragt sodann der Gemeinderat möge § 1 der Leichenhallengebührenordnung neu wie folgt beschließen bzw. der Änderung der Leichenhallengebührenordnung die Zustimmung erteilen:

§ 1
Gebührenpflicht

- 1) Für die Benützung der gemeindeeigenen Leichenhalle sind folgende Gebühren zu entrichten:
- a) für die Aufbahrung einer Leiche bis zu 3 Tagen € 35,--
für jeden weiteren Tag € 10,--
 - b) für die Benützung der Obduktionsräume
zur Einstellung einer Leiche pro Tag € 20,--
zur Vornahme einer Obduktion € 50,--
- 2) Für die Aufbahrung einer Leiche unter 15 Jahren ist keine Leichenhallengebühr zu entrichten.

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig, mittels Handzeichen, zu.

6. Berichte der Ausschussobmänner

Der Bürgermeister berichtet, dass mittlerweile jeder Ausschuss eine Sitzung abgehalten hat und ist ihm ein Anliegen, dass der Gemeinderat über die in den Ausschusssitzungen besprochenen Angelegenheiten informiert wird.

Als Obmann des Ausschusses für Bau- und Straßenbauangelegenheiten, sowie für Angelegenheiten der örtlichen Raumplanung informiert der Bürgermeister den Gemeinderat an Hand des Protokolls vom 16.1.2010 über die besprochenen Angelegenheiten (Wegebau Z-Gebiete, Sportzentrum, Volksschulsanierung, Straßenbau und Instandhaltung, Flächenwidmungsplan, Digitaler Leitungskataster, mittelfristige Bauvorhaben - Feuerwehrhäuser, Bauhof, Friedhofserweiterung Kläranlage Münzkirchen).

Gemeinderat Johann Breidt berichtet als Obmann des Ausschusses für Schul-, Kindergarten-, Integrations- und Sportangelegenheiten auf Grundlage des Protokolls der Sitzung vom 01.02.2010 über die behandelten Angelegenheiten (Kindergarten- u. Schulangelegenheiten, Sportzentrum).

Der Obmann des Ausschusses für örtliche Umweltfragen und erneuerbare Energie Gemeinderat Matthias Hamedinger informiert dem Gemeinderat an Hand des Protokolls vom 02.02.2010 über die in der Ausschusssitzung besprochenen Angelegenheiten (Information BAV Mülltrennung u. -vermeidung u. Abfallordnung, Kläranlage Münzkirchen und Wander- u. Reitwege).

Der Obmann des Ausschusses für Jugend-, Familien- und Seniorenangelegenheiten und Erwachsenenbildung Gemeinderat Franz Schasching informiert ebenfalls, an Hand des Protokolls vom 22.02.2010, über die behandelten Angelegenheiten (Jugendforum, Jungendtaxi Mustervertrag, Familienfreundliche Gemeinde, Seniorenangelegenheiten - Tag der Älteren).

Abschließend informiert der Bürgermeister den Gemeinderat noch über die in der Sitzung des Ausschusses für Kultur- und Dorfgestaltungsangelegenheiten vom 1.3.2010 behandelten Angelegenheiten (Veranstaltungskalender 2010, 20 Jahre Heimathaus, Heimatbuch, Kulturprogramm 2010, Gemeinde Ehrungen und Gemeindezeitung).

Der Prüfungsausschussobmann stellt fest, dass der Prüfungsausschuss den gesetzlichen Vorgaben betreffend Durchführung von Prüfungen entsprochen hat und die Berichte dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht wurden.

Der Bürgermeister ersucht Vizebürgermeister Kriegner den Gemeinderat kurz über die in der letzten Sitzung des WEV-Innviertel behandelten Angelegenheiten zu informieren.

Vizebürgermeister Kriegner führt aus, dass in der letzten Sitzung hauptsächlich der Rechnungsabschluss behandelt wurde. Ein großes Thema war noch die Baurestbewertung. Es wurde diesbezüglich genau informiert und mitgeteilt, dass entsprechende Kontrollen erfolgen.

7. Einschau in die Gebarung - Prüfungsbericht der BH-Schärding

Der Bürgermeister berichtet, dass in der Zeit vom 5.10.2009 bis 19.11.2009 eine Gebarungsprüfung der Gemeinde St.Roman durch die Bezirkshauptmannschaft Schärding stattgefunden hat. Der Prüfungsbericht wurde der Gemeinde mit Schreiben des Amtes der Oö. Landesregierung, Direktion Inneres und Kommunales, vom 15.2.2010, IKD(Gem-510314/12-2010-Mad, übermittelt und bringt er dem Gemeinderat dieses Schreiben vollinhaltlich zur Kenntnis.

In Entsprechung dieses Schreibens bringt der Bürgermeister dem Gemeinderat sodann die Kurzfassung des Prüfungsberichtes vollinhaltlich zur Kenntnis

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen des Bürgermeisters bzw. die Kurzfassung des Berichtes zur Kenntnis.

8.Allfälliges

Gemeinderat Grill bemerkt, dass es in Bezug auf den Winterdienst immer wieder Beschwerden gibt. Er ersucht daher, dass rechtzeitig vor dem nächsten Winter eine Besprechung mit Vertretern aller Fraktionen anberaunt wird.

Der Bürgermeister nimmt diese Anregung zur Kenntnis und wird er für Ende Oktober bzw. Anfang November eine Winterdienstbesprechung mit den Fraktionsvertretern anberaumen.

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat, dass nächsten Samstag den 20.3.2010 ein Kabarett im Gasthaus Widegger statt und sind die Gemeinderatsmitglieder hiezu herzlichst eingeladen.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, dass am Montag in der Wirtschaftskammer Schärding eine Info-Veranstaltung betreffend Postpartner stattfindet bzw. am Freitag, den 19.3.2010 in Schardenberg die feierliche Unterzeichnung der Charta bezüglich Klimabündnisbeitritt, in Anwesenheit von Landesrat Anschober, erfolgt. Zu diesen Veranstaltungen sind die Gemeinderatsmitglieder ebenfalls eingeladen.

Gemeinderat Grill fragt, ob der Zeitungsartikel bezüglich Wasserfelsarena den Tatsachen entspricht. Ihm wurde mitgeteilt, dass dieser nicht ganz den Tatsachen entsprechen soll. So soll das Tontaubenschießen nicht in der geplanten Wasserfelsarena, sondern an einem anderen Platz stattfinden.

Der Bürgermeister stellt in Bezug auf das Tontaubenschießen fest, dass er dies nicht beurteilen kann. Er berichtet aber, dass eine Vorsprache bei Landesrat Hainbuchner gegeben hat. Es wurde dabei das Projekt Wasserfelsarena dem Landesrat vorgestellt. An dieser Vorstellung teilgenommen haben neben ihm, Bgm. Straßl und der Betreiber Herr Schopf beide aus Kopfing, von der FPÖ Frau Mauthner Paula aus St.Roman und Herr Grüneis Peter aus Kopfing, sowie Frau Brunner Alexandra von der Zeitschrift „Tips“. Der Zeitungsartikel entspricht im Großen und Ganzen dem Gesprächsinhalt.

Gemeinderat Grill bemerkt, dass bei der Vorstellung des Projektes auch die Einbindung der betroffenen Gemeindebevölkerung angesprochen wurde, diesbezüglich jedoch nichts im Artikel erwähnt wird.

Der Bürgermeister führt aus, dass Landesrat Hainbuchner das Projekt persönlich mit Experten besichtigen möchte. Er hat auch darauf hingewiesen, dass der Nachweis des Uhuvorkommens zu erbringen ist.

Der Bürgermeister führt weiters aus, dass er vergangenen Montag ein Gespräch mit Herr Schopf geführt hat und es wurde vereinbart, eine Informationsveranstaltung innerhalb eines Monats nach Ostern mit den Anrainern abzuhalten. Die Anrainer werden hiezu von Herrn Schopf eingeladen und wird er das Projekt vorstellen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass er Herrn Schmid Josef genau die gleichen Unterlagen, wie sie Landesrat Hainbuchner bzw. der Gemeinde vorliegen, in Kopie ausgefolgt hat.

Gemeinderat Hamedinger bemerkt, dass das angeführte Tontaubenschießen seines Wissens nach vom Lions Club im Bereich der geplanten Wasserfelsarena organisiert wurde. Ein weiteres Tontaubenschießen veranstaltete bis vor einigen Jahren die Jägerschaft im Bereich des unteren Steinbruches der Familie Fuchs. Dieses wurde jedoch in den letzten Jahren nicht mehr durchgeführt.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die vorherige Sitzung

Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegenen Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 22.01.2010 keine Einwendungen erhoben wurden.

Da die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende um 22.05 Uhr die Sitzung.

Schriftführer AL Stadler Johann

Vorsitzender Bgm. Berlinger Siegfried

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom _____ keine Einwendungen erhoben wurden und diese Verhandlungsschrift daher im Sinne des § 54(5) Oö. GemO 1990 als genehmigt gilt.

Gemeinde St.Roman, _____

Vorsitzender Bgm. Siegfried Berlinger

Gemeinderat (ÖVP-Fraktion)

Gemeinderat (SPÖ-Fraktion)

Gemeinderat (FPÖ-Fraktion)